


**Antrag an den 63. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland
30./31.03.2019, Lutherstadt Witteberg**

 europa-union deutschland <i>Mitwirken am Europa der Bürger</i>	wird vom Bundessekretariat ausgefüllt
Einzureichen bis: 25. Februar 2019	Nr. des Antrags:
Antragsteller (Organe des Bundesverbandes, der Landesverbände, der Bezirks- und Kreisverbände sowie der JEF Bundesvorstand): Landesversammlung/Landesvorstand	Titel/Thema:
Bundesverband <input type="checkbox"/> Landesverband (des Antragstellers): NRW JEF <input type="checkbox"/>	Empfehlung der Antragskommission:

Der BUNDESKONGRESS der Europa-Union Deutschland möge beschließen:

Europa und die Kommunen

Die Europa-Union Deutschland sieht in den Kommunen das wichtigste Fundament einer erfolgreichen Europäischen Integration. Daher gilt es, das Zusammenwirken der kommunalen mit der europäischen Ebene als Priorität in den Fokus der Arbeit der Europa-Union Deutschland zu setzen. Kommunen waren und sind auch weiterhin wichtige Kooperationspartner der Europa-Union in Deutschland. Diese Zusammenarbeit gilt es in unterschiedlichen Bereichen zu verstärken. Insbesondere strebt die Europa-Union Deutschland eine intensive Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden an.

Die nachstehenden 16 Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) für eine erfolgreiche Europäische Integration werden von der Europa-Union Deutschland nachdrücklich unterstützt:

Abschnitt A – In der Europäischen Union

1. In der EU politische Verantwortung für die Kommunen schaffen!

In der EU muss politische Verantwortung und Verantwortlichkeit für die Städte und Gemeinden geschaffen werden! Positives Beispiel hierfür ist, dass die Gruppen der Europaabgeordneten der Union und der SPD kommunalpolitische Sprecher bestimmt haben. Diesem Beispiel müssen die anderen Gruppen im Europäischen Parlament folgen. Auch in der EU-Kommission muss es einen für die Städte und Gemeinden als Partnerinnen der EU verantwortlichen Kommissar geben. Alle Dienststellen der EU müssen angehalten werden, in ihrer Arbeit die Städte und Gemeinden im Blick zu haben und deren kommunales Selbstverwaltungsrecht zu achten. Der Präsident des Ausschusses der Regionen und Kommunen der EU sollte regelmäßig zur Teilnahme an den EU-Ratsgipfeltreffen eingeladen werden.

35 **2. Partnerschaft zwischen EU und Kommunen sichern!**

36

37 Viel zu lange hatte man in den Städten und Gemeinden das Gefühl, dass von Brüssel aus
38 über sie hinweg regiert wird. Dem gegenüber muss ein Modell des partnerschaftlichen
39 Zusammenwirkens aller demokratisch legitimierten Ebenen verwirklicht werden: Der EU, des
40 Bundes, der Länder und der Kommunen. In allen diesen Ebenen muss gegenseitiger
41 politischer Respekt herrschen und die Frage bei allen politischen und gesetzgeberischen
42 Entscheidungen gestellt und beantwortet werden, was diese jeweils für die anderen Ebenen
43 bedeuten. Der partnerschaftliche Dialog und die Konsultation mit den kommunalen
44 Spitzenverbänden muss in den EU-Institutionen verstetigt und weiter ausgebaut werden.

45

46 **3. Gelebte Subsidiarität garantiert Bürgernähe!**

47

48 Die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind keine bloßen juristischen
49 Begriffe. Ihre Einhaltung und Überwachung sind ein Weg zu Bürgernähe in Europa! Es muss
50 garantiert werden, dass die Allzuständigkeit der Gemeinden für die örtlichen Fragen nicht
51 durch die EU beeinträchtigt wird. Die Kommunen wissen mit ihrem Selbstverwaltungsrecht
52 am besten, was und wie vor Ort zu regeln ist. Wir fordern, dass es im jährlichen
53 Subsidiaritätsbericht der EU ein explizites Kapitel über die Rolle der Kommunen und die
54 Achtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts gibt! Alle EU-Gesetze müssen in ihrer
55 Begründung gehaltvolle Darlegungen zur Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit mit Blick auf
56 die Städte und Gemeinden enthalten. Dies gilt vor allem für administrative und Kosten-
57 folgen. Umgekehrt erwarten die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden,
58 dass Europa handlungsstark und effektiv die europäischen Fragen und Herausforderungen
59 angeht und meistert! Eine starke EU ist unser aller Garant für Sicherheit, Wohlstand und
60 Wachstum, wenn sie die ihr übertragenen europäischen Zuständigkeiten anpackt und
61 umsetzt. Das gilt auch und nicht zuletzt für die Migrationspolitik.

62

63 **4. Kommunale Daseinsvorsorge schützen!**

64

65 Die Städte und Gemeinden geben den Menschen Heimat. Das gilt auch und gerade in der
66 Internationalisierung. Die Menschen erleben Europa vielfach in ihrer Gemeinde, vor Ort.
67 Allerdings auch in negativer Weise, wenn Städte und Gemeinden und deren kommunale
68 Unternehmen um starke und hochwertige kommunale Daseinsvorsorgeleistungen im
69 Europäischen Binnenmarkt kämpfen müssen. Die EU muss akzeptieren und verinnerlichen,
70 dass kommunale Daseinsvorsorge kein Hindernis für einen erfolgreichen EU-Binnenmarkt
71 ist, sondern dessen Voraussetzung. Das EU-Wettbewerbs- und Beihilfenrecht muss auf die
72 zwingend nötigen Vorschriften zum Schutze der europäischen Märkte reduziert werden.
73 Schwellenwerte in diesen Rechtsbereichen müssen erhöht, Verwaltungsverfahren
74 vereinfacht, regionale nachhaltige Wirtschaftskreisläufe in einer mittelstandsfreundlichen
75 Ausgestaltung als Kernelement einer prosperierenden Wirtschaft gestärkt werden.

76

77 **5. Städtepartnerschaftsarbeit fördern – Europäisches Bewusstsein schaffen!**

78

79 Die Städte und Gemeinden fordern: Die EU muss 1 Euro pro Einwohner im Jahr zur
80 Förderung der kommunalen Partnerschaftsarbeit ausgeben! Städtepartnerschaften sind
81 gelebter europäischer Gemeinsinn und Völkerverständigung im wörtlichen Sinne. Beginnend
82 bei Schüleraustauschen, über Bürgerbegegnungen bis hin zur Zusammenarbeit der
83 Unternehmen ist eine aktive kommunale Partnerschaftsarbeit in Europa von unschätzbarem
84 Wert und eine konkrete Möglichkeit, ein europäisches Bewusstsein zu schaffen.

85

86 **6. Regionalpolitik zukunftsgerecht weiterentwickeln!**

87

88 Die europäische Regionalpolitik muss beibehalten und gestärkt werden! Sie schafft einen
89 Mehrwert in den Regionen und Kommunen und aktiviert vor Ort für Europa. In der EU läuft
90 aktuell die Debatte um die Zukunft der EU-Regionalfonds für den Zeitraum nach 2019. Die
91 EU-Förderfonds müssen auf den Prüfstand, ob durch sie ausreichend in Innovation und
92 zukunftsorientierte Infrastruktur wie Breitband und Digitalisierung investiert wird. Auch nach
93 einem Brexit müssen die europäischen Fördertöpfe handlungsstark ausgestattet sein!

94

95 **Abschnitt B – Im Bund und in den Ländern**

96

97 **7. Kommunen in Europa auf eine politische Agenda!**

98

99 In der Bundesregierung und in den Landesregierungen, im Deutschen Bundestag, dem
100 Bundesrat und den Landtagen gilt gleichermaßen: Bei europapolitischen Mit-
101 Entscheidungen gehören die Städte und Gemeinden und das kommunale
102 Selbstverwaltungsrecht auf die Agenda! In den Ministerien und in den Fraktionen muss es
103 Ansprechpartner für kommunale Europabelange geben. Die kommunalen Spitzenverbände
104 müssen informiert und konsultiert werden.

105

106 **8. Europagesetzgebung vom Konnexitätsprinzip erfassen!**

107

108 Die Umsetzung von EU-Vorgaben kostet oft viel Geld, nicht zuletzt kommunales Geld. Diese
109 Umsetzung wird aber regelmäßig nicht von den Konnexitätsregelungen in den Ländern
110 erfasst. Das muss sich ändern, zudem die Länder über den Bundesrat sehr wohl eine starke
111 Mitwirkungsstellung in der EU haben und deren Gesetzgebung mitverursachen.

112

113 **9. Kommunale Europavertretung ausbauen!**

114

115 In den Ausschuss der Regionen und Kommunen der EU müssen mehr Kommunalpolitiker
116 und Kommunalpolitikerinnen aus Deutschland entsandt werden! Nur drei kommunale der
117 insgesamt 24 Sitze in der deutschen AdR-Delegation spiegeln nicht die Bedeutung der
118 Kommunen in Deutschland angemessen wider.

119

120 **10. Europakompetenz stärken – Europa in die Lehrpläne!**

121

122 Die Europakompetenz der Kommunen muss weiter gestärkt werden. Vorbildhafte Projekte
123 wie z.B. die der Europaaktiven Kommune in NRW müssen fortgeführt und auch in andere
124 Länder übertragen werden. Europa und europäische Integration müssen Inhalt in den
125 Lehrplänen und Prüfungsthemen der Auszubildenden für den öffentlichen Dienst, aber auch
126 in den weiterführenden Schulen sein!

127

128 **11. Zusammenarbeit der Kommunen fördern!**

129

130 Die Förderung der Städtepartnerschaftsarbeit, aber auch der kommunalen
131 Entwicklungszusammenarbeit müssen Bestandteile der Bundes- und Landespolitik sein.
132 Dabei sollte die Jugend- und Bürgerbegegnung im Vordergrund stehen, ergänzt um die
133 inhaltliche und thematische Kooperation vor allem bei der Verwirklichung der
134 Nachhaltigkeitsziele.

135

136 **12. Europa in der Verbandsarbeit verankern!**

137

138 Europäisches Engagement muss die Arbeit der repräsentativen und gesellschaftlich
139 wirksamen Verbände und Institutionen mitprägen, nicht zuletzt auch der kommunalen
140 Spitzenverbände selbst. Europa muss in der Verbandsarbeit verankert werden. Im
141 Veranstaltungskalender, in der politischen Positionsbestimmung und bei der Vorbild- und
142 Multiplikatorenrolle, die die repräsentativen Verbände wahrnehmen.

143

144 **Abschnitt C – In den Städten und Gemeinden**

145

146 **13. Städtepartnerschaftsarbeit stärken – Die Menschen für Europa gewinnen!**

147

148 Nicht zuletzt können die Städte und Gemeinden selbst aktiv zu einem erfolgreichen Europa
149 beitragen. Städtepartnerschaften sind dafür ein Anknüpfungspunkt, der in den Städten und
150 Gemeinden gepflegt und gefördert werden sollte. Aus der Kommunalpolitik heraus sollte die
151 Städtepartnerschaftsarbeit in Kooperation mit den Vereinen und Schulen aufgegriffen und
152 der jungen Generation vermittelt werden. Vor Ort können die Menschen für Europa
153 gewonnen werden. Durch die Kommune und in Kooperation mit Verbänden und Instituti-
154 onen.

14. Europatag in den kommunalen Veranstaltungskalender!

Ein Europatag oder eine Europawoche sollte sich in dem Veranstaltungskalender jeder Stadt und Gemeinde finden! Gäste aus Partnerkommunen, Volksfeste, Kulturaustausch, Jugend- und Bürgerbegegnung können die Menschen für Europa ebenso ansprechen, wie die politische Diskussion zu europäischen Themen.

15. Europa-Ansprechpartner in Rathäusern & Ratsfraktionen!

Europaarbeit braucht Köpfe und Hände. Auch in den Städten und Gemeinden. Sowohl Ratsverwaltungen, als auch Ratsfraktionen sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Ansprechpartner für das Thema „Europa in meiner Gemeinde“ benennen. Diese können als Multiplikatoren und Anlaufstelle für ein europäisches Engagement einen wirksamen Beitrag liefern. Vielen Städten und Gemeinden wird es dabei nicht möglich sein, ein kommunales Europabüro einzurichten. Aber auch mit wenigen Mitteln kann für Europa in der Summe viel bewirkt werden.

16. Auf nach Brüssel und Straßburg – mitmachen!

Städte und Gemeinden sollten aktiv auf die Europapolitiker und -politikerinnen in ihrer Region zugehen! Abgeordnete des Europaparlaments oder europapolitische Sprecher in den Landtagen und im Deutschen Bundestag können Europapolitik aktiv und plastisch vermitteln und Forderungen an diese entgegennehmen. Bürgermeisterkonferenzen sollten zudem in ihren Veranstaltungskalender auch einmal eine Studienreise nach Brüssel oder nach Straßburg einplanen. Um Europa auch dort aus einer europäischen Perspektive zu erleben. Europäisches Engagement muss die Arbeit der repräsentativen und gesellschaftlich wirksamen Verbände und Institutionen mitprägen, nicht zuletzt auch der kommunalen Spitzenverbände selbst. Europa muss in der Verbandsarbeit verankert werden. Im Veranstaltungskalender, in der politischen Positionsbestimmung und bei der Vorbild- und Multiplikatorenrolle, die die repräsentativen Verbände wahrnehmen.

Die Landesverbände der Europa-Union Deutschland, sowie deren Kreis-, Stadt- und Ortsverbände sind dazu aufgefordert, den Themenbereich Europa und Kommunen aufzugreifen und entsprechende Arbeitskreise ins Leben zu rufen, die sich im „Kommunalen Netzwerk der Europa-Union Deutschland“ wiederfinden. Diese Arbeitskreise sollen auf kommunaler und regionaler Ebene die Diskussion der vorstehenden 16 Forderungen forcieren und dabei einen Schwerpunkt auf den Austausch mit haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern legen. Erfahrungen, Meinungen und Kommentare sollen von diesen Arbeitskreisen zusammengetragen und regelmäßig ausgewertet werden.

Die Europa-Union Deutschland und ihre Landesverbände stellen einen Experten-Pool zum Thema „Europa und Kommunen“ zusammen, damit Ansprechpartner für Veranstaltungen der Landes-, Kreis-, Stadt- und Ortsverbände aber auch anderer Organisationen zur Verfügung stehen. Hier empfiehlt sich auch eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden auf Landesebene.

Wenn Europa in den Kommunen belebt und aktiviert wird, besteht eine realistische Chance, den Europäischen Integrationsprozess erfolgreich fortzusetzen!

Begründung (ist bei einer Verabschiedung NICHT Teil des Beschlusses)

Erfolgt mündlich